

# Resolution

verabschiedet auf dem  
15. DPT



15. Deutscher Psychotherapeutentag  
am 14. November 2009 in Lübeck

## **Blockade der KJP-Quote durch den G-BA nicht akzeptabel**

Der Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zur Umsetzung der Mindestquote tritt nach Veröffentlichung im Bundesanzeiger voraussichtlich Ende November in Kraft. Anders als im Gesetz vorgesehen, setzt der G-BA keine Mindestquote von 20 Prozent, sondern zunächst eine Quote von nur zehn Prozent um. Entgegen den gesetzlichen Vorgaben werden außerdem Leistungserbringer auf die Quote angerechnet, die nur zu einem kleinen Teil Kinder und Jugendliche behandeln.

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) hatte den G-BA wegen dieser rechtlich problematischen Regelungen im August 2009 um eine Stellungnahme gebeten. Im Oktober hat es den G-BA-Beschluss trotz seiner Zweifel nicht beanstandet. Infolge dieses Beschlusses werden sich bundesweit nicht 700 Psychotherapeuten, sondern zunächst nur etwa 200 zusätzlich niederlassen können. Der Beschluss des G-BA kam zustande, nachdem die gesetzlichen Krankenkassen für 2010 zusätzlich 40 Millionen Euro für mehr Psychotherapie bereit gestellt haben.

Der 15. Deutsche Psychotherapeutentag nimmt mit Unverständnis zur Kenntnis, dass der Gemeinsame Bundesausschuss die vollständige Umsetzung eines Gesetzes blockiert, dessen Ziel es ist, die Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher zu verbessern. Er sieht mit großer Besorgnis, dass das BMG in Rahmen seiner Rechtsaufsicht diesen Beschluss des G-BA nicht beanstandet.

Psychotherapeuten müssen nun gegen Ablehnungsbescheide der Zulassungsausschüsse Widerspruch einlegen und klagen, um das gesetzlich Gewollte durchzusetzen. Das ist politisch inakzeptabel und geht vor allem zu Lasten psychisch kranker Kinder und Jugendlicher, die weiterhin viel zu lange auf einen Behandlungsplatz werden warten müssen.

Auch nach vollständiger Umsetzung der 20-Prozent-Quote ist das Problem der Unterversorgung psychisch kranker Menschen noch nicht gelöst, da die bisherige Bedarfsplanung längst überholt ist und den Bedarf an psychotherapeutischen Behandlungsplätzen für Kinder und Erwachsene nicht widerspiegelt. Der 15. Deutsche Psychotherapeutentag fordert den Gesetzgeber daher auf, die Bedarfsplanung im Rahmen der nächsten Gesundheitsreform grundsätzlich zu reformieren.